

An die
Sächsische Aufbaubank - Förderbank -
01054 Dresden

Antrag Wohnungsbau Vermietete Förderobjekte

Hiermit wird beantragt:

- Förderung nach RL preisgünstiger Mietwohnraum (RL pMW)
- Förderergänzungsdarlehen der SAB
- KfW-Darlehen
- Förderung nach RL Aufzugsanlagen Mietwohngebäude (RL AMW)
- andere Förderdarlehen

1. Antragsteller

Natürliche Personen

Name, Vorname¹
Steuer-ID (z.B. 12 345 678 9879)

Sind Sie innerhalb der Bundesrepublik Deutschland nach dem EStG oder dem KStG steuerpflichtig (beschränkt oder unbeschränkt)?

- ja nein

Staatsangehörigkeit	(ggf.) 2. Staatsangehörigkeit
----------------------------	--------------------------------------

Firma lt. Register
Steuernummer (z.B. 201/123/12340)
Umsatzsteuer-Identifikationsnummer (z.B. DE123456789)

Wirtschafts-ID	
Rechtsform	Registergericht
Gründungsdatum (TT.MM.JJJJ)	Registernummer

Name, Vorname¹

Steuer-ID (z.B. 12 345 678 9879)

Sind Sie innerhalb der Bundesrepublik Deutschland nach dem EStG oder dem KStG steuerpflichtig (beschränkt oder unbeschränkt)?

- ja nein

Staatsangehörigkeit	(ggf.) 2. Staatsangehörigkeit
----------------------------	--------------------------------------

Straße, Hausnummer
PLZ, Ort
Telefon

E-Mail
Ansprechpartner für Rückfragen

Sind Sie innerhalb der Bundesrepublik Deutschland nach dem EStG oder dem KStG steuerpflichtig (beschränkt oder unbeschränkt)?

- ja nein

2. Vorhaben

2.1 Investitionsort

Straße, Hausnummer
PLZ Ort

Gemarkung (gemäß Grundbuch)	
Flurstücknr. (gemäß Grundbuch)	Grundstücksgröße (m²)

¹ Bitte immer SAB-Vordruck 60020x (Selbstauskunft) beifügen.

Grundbuch von Grundbuchblatt		
Grundbuchmäßiger Eigentümer		
wenn Erbbaurecht Dauer der noch verbleibenden Laufzeit (in Jahren)		
bei Eigentumswohnungen		
Wohnungsnummer	Miteigentumsanteile	
immer anzugeben		
Gesamtfläche (m²)	Bruttogeschossfläche (m²)	

bisher			
Anzahl der Mietwohnungen	Wohnfläche (m²)	Anzahl der Gewerbeeinheiten	Gewerbefläche (m²)
davon leerstehend			
Anzahl der Mietwohnungen	Wohnfläche (m²)	Anzahl der Gewerbeeinheiten	Gewerbefläche (m²)
Nutzung geplant			
Anzahl der Mietwohnungen	Wohnfläche (m²)	Anzahl der Gewerbeeinheiten	Gewerbefläche (m²)
Anzahl Geschosse			

Nur für Beantragung der RL pMW

Gesamtvorhaben (zu fördernde Modernisierung)

Anzahl WE	Gebäude steht leer seit (JJJJ)	
Wohnfläche in qm		
veranschlagte Gesamtkosten in €		

bei Leerstand: Das Gebäude wurde im Zeitraum von zwei Jahren vor Antragstellung mit Blick auf die Modernisierung leergezogen.

ja nein

Folgende max. Wohnflächengrenzen werden für alle zu fördernde Wohnungen eingehalten:

ja nein

Einpersonen-Haushalte 45 Quadratmeter

2-Personen-Haushalte 60 Quadratmeter

3-Personen-Haushalte 75 Quadratmeter

4-Personen-Haushalte 85 Quadratmeter

Für jede zum Haushalt gehörende weitere Person erhöht sich die Wohnfläche um 10 Quadratmeter

wenn nein:

- aufgrund der baulichen Gegebenheiten erfolgt eine gem. RL zulässige Überschreitung bis zu 10 %
 ja nein
- aufgrund der baulichen Gegebenheiten erfolgt eine gem. RL zulässige Überschreitung bis zu 15 %
 (Bitte fügen Sie eine Begründung bei.)
 ja nein
- es handelt sich um Wohnung/en von Personen mit körperlichen Einschränkungen bzw. es wird eine entsprechende Belegung angestrebt
 ja nein

Bestehen bereits Mietpreis- und Belegungsbindungen für das Förderobjekt?

ja nein

davon zu fördernde altersgerechte Modernisierung ²	
Anzahl WE	
Wohnfläche in qm	
veranschlagte Gesamtkosten in €	

davon zu fördernde energetische Modernisierung²

Anzahl WE	
Wohnfläche in qm	
veranschlagte Gesamtkosten in €	

² Summe der Davon-Positionen kann die Gesamtwohnfläche übersteigen

2.2

Bauvorhaben

- Neubau**
- Erwerb Bestandimmobilie**
- Um- und Ausbau/Erweiterung Wohnraum**
- Sanierung**
- Modernisierung im Sinne von § 16 Abs. 3 WoFG von Mietwohngebäuden (RL pMW)**

voraussichtlicher Durchführungszeitraum

Baubeginn (TT.MM.JJJJ)**Fertigstellung** (TT.MM.JJJJ)

Anzahl

- Errichtung von Aufzugsanlagen:**

- Erneuerung von Aufzugsanlagen:**

Bei Erneuerung von Aufzugsanlagen: Beschreibung der Maßnahmen, die zu einer gravierenden qualitativen Verbesserung der vertikalen Erreichbarkeit führen

2.3 Gebäude

Baujahr (JJJJ)

Bezugsfertigkeit (JJJJ)

Handelt es sich um ein Baudenkmal bzw. besonders erhaltenswerte Bausubstanz?

 ja nein

Gebäudetyp

- EFH - Einfamilienhaus**
- ZFH - Zweifamilienhaus**
- ETW - Eigentumswohnung**
- MFH - Mehrfamilienhaus**
- WGH - Wohn- und Geschäftshaus**
- Vorderhaus**
- Hinterhaus**
- Denkmal bzw. sonstige erhaltenswerte Bausubstanz**
- Sonstiges**

(geplantes) energetisches Niveau³

Neubau:

- GEG-Standard** (i.d.g.F.)
- Klimafreundliches Wohngebäude**
- Klimafreundliches Wohngebäude mit QNG**

Sanierung:

- GEG-Standard** (i.d.g.F.)
- EH Denkmal**
- EH 85**
- EH 70**
- EH 55**
- EH 40**

zusätzlich:

- EE-Klasse**
- Worst Performing Building**
- Serielle Sanierung**
- NH-Klasse (QNG-PLUS / QNG-PREMIUM)**

Baubeschreibung für Bestandsgebäude

- Sanierung geplant:
 - Beschreibung Gebäude nach Investition
- ohne Sanierung
 - Beschreibung Gebäude-Istzustand

Mindestangaben:

- zum Denkmalschutz
- zur Bauweise
- zur Ausstattung
- zur Heizung
- zum Außenbereich

Modernisierungs- und Sanierungsjahr für ausgewählte Bauteile

Jahr (JJJJ)

Heizung

Fenster

Dach

Fassade

Baubeschreibung (ggf. separat formlos beifügen)

Bei Neubauvorhaben ist dem Antrag die Baubeschreibung der Baufirma beizufügen.

³ Erläuterung:

GEG = Gebäudeenergiegesetz / EH = Effizienzhaus nach BEG

EE = Erneuerbare-Energien-Klasse nach BEG / NH = Nachhaltigkeitsklasse nach BEG

i.d.g.F. = in der gültigen Fassung

2.4 Hochwasservorsorgemaßnahmen

Gebäude/Grundstück liegt in einem HQ 100-Gebiet⁴

nein ja

Wenn Lage in einem HQ 100-Gebiet:

Beschreibung der baulichen Maßnahmen, die getroffen wurden/werden, um Schäden bei künftigen Hochwassereignissen zu reduzieren oder zu vermeiden.⁵

For more information about the study, please contact Dr. John Smith at (555) 123-4567 or via email at john.smith@researchinstitute.org.

2.5 Wirtschaftlichkeitsberechnung

Einnahmen jährlich	Betrag (in €)	Aufwendungen jährlich	Betrag (in €)
aus Wohnungsvermietung (Nettokaltmieten)		Kapitaldienst für bestehende Finanzierungen	
aus Garagen/Stellplätzen		für beantragte Finanzierung	
aus gewerblicher Vermietung (Nettokaltmieten)		Bewirtschaftungskosten	
Summe Einnahmen		Summe Aufwendungen	
Ergebnis (Summe Einnahmen abzügl. Summe Aufwendungen)			
Überschuss/Fehlbetrag			

3. Gesamtkostenaufstellung

3.1 Vorsteuerabzugsberechtigung (§)

Der Antragsteller ist gem. § 15 UStG für das Vorhaben zum Vorsteuerabzug berechtigt:

ja nein
 teilweise in Höhe von

%

Wenn der Antragsteller für dieses Vorhaben zum Vorsteuerabzug berechtigt ist, sind im Folgenden die Kosten ohne Umsatzsteuer anzugeben.

3.2 Kosten für die Maßnahme

DIN 276:	Betrag (in €)	davon Kosten, für die ein Förderdarlehen beantragt wird
KG 100 Grundstück (Wert des Grundstücks ⁶ und Erwerbskosten)		Betrag (in €)
KG 200 Erschließung		Kosten nach RL AMW
KG 300/400 Baukosten Gebäude		Kosten nach RL pMW
KG 500 Außenanlagen		Kosten KfW 159
KG 700 Baunebenkosten		Kosten KfW 261
KG 800 Finanzierungskosten		Kosten KfW 296/298
Gesamtsumme Kosten		zusätzliche Kosten für Fachplanung und Baubegleitung durch Energieeffizienz-Experten

⁴ Gebiet, in welchem statistisch gesehen einmal in 100 Jahren ein Hochwassereignis eintritt. Weitere Informationen sind unter <http://www.umwelt.sachsen.de> verfügbar.

⁵ Empfehlungen für eine effektive Bauvorsorge sind in der Hochwasserschutzfibel des Bundesministeriums für Verkehr, Bau und Stadtentwicklung enthalten. Die Hochwasserschutzfibel ist unter www.bmvi.bund.de verfügbar.

⁶ im Erwerbsfall: Kaufpreis

3.3 Kostenplanung - RL pMW

Die Kosten für die Maßnahmen sind geplant:
Jahr Betrag (in €)

Summe Kosten RL pMW	

nur bei energetisch hochwertiger Modernisierung
(Effizienzhaus 85 und besser sowie Effizienzhaus Denkmal)

energetische Modernisierungskosten
nach Nr. 8.2 a) BEG

Betrag (in €)

energetische Fachplanung / Baubegleitung
nach Nr. 8.2 b) BEG

Nachhaltigkeitszertifizierung QNG
nach Nr. 8.2 b) BEG

nichtenergetische Modernisierungskosten

**Summe Kosten
hochwertige Modernisierung**

4. Finanzierung des Vorhabens

4.1 Eigenmittel

bezahltes Grundstück/Kaufpreis

Betrag (in €)

Barmittel

Sonstiges

Summe Eigenmittel	

Handelt es sich bei der geplanten Wohnimmobilienfinanzierung um eine erstmalige Aufnahme von Darlehensmitteln zur Finanzierung von Wohnimmobilien?

ja

nein

4.2 Fremdmittel

SAB-Förderergänzungsdarlehen

Betrag
(in €)

Zinsfestschreibung
(in Jahren)

Gesamtaufzeit⁷
(in Jahren)

Tilgungsfreijahre
(in Jahren)

Tilgung jährlich
(in %)

KfW 159

KfW 261

KfW 296

KfW 298

Darlehen RL AMW

Förderergänzungsdarlehen pMW

Zuschuss RL pMW

Sonstiges (z.B. BAFA-Zuschuss)

Summe Fremdmittel	

Gesamtsumme Finanzierung
(aus Ziffern 4.1 und 4.2)

4.3 Angabe zu weiteren Fördermitteln

Es werden oder wurden Fördermittel für das unter Pkt. 2.1 genannte Vorhaben gemäß Richtlinie Städtebauliche Erneuerung (RL StBauE) beantragt.

ja nein

⁷ Bitte erfassen Sie die Gesamtaufzeit oder den jährlichen Tilgungssatz.

5. Erklärungen des Antragstellers

5.1 Vollständigkeit und Richtigkeit

Die Richtigkeit, Vollständigkeit und Aktualität sowohl der vorstehenden als auch der in den Anlagen zum Antrag gemachten Angaben und Erklärungen wird hiermit versichert.

Der Antragsteller verpflichtet sich, die SAB über die wesentlichen Änderungen der zu diesem Antrag gemachten Angaben, unverzüglich und unaufgefordert in Kenntnis zu setzen. Ferner versichert der Antragsteller, dass kein/e Insolvenzverfahren, Zwangsvollstreckungsmaßnahmen (einschließlich Abgabe einer eidesstattlichen Versicherung) oder Mahn-/Klageverfahren, die für die wirtschaftlichen Verhältnisse des Antragstellers von Bedeutung sind, beantragt oder durchgeführt und auch keine Kreditkündigungen ausgesprochen oder Scheckretouren/Wechselproteste vorgekommen sind. Dem Antragsteller ist bekannt, dass falsche Angaben die sofortige fristlose Kündigung der auf dieser Grundlage bewilligten Darlehen und die Rückerstattung der ausgezahlten Beträge nebst Verzinsung zur Folge haben können.

5.2 Erklärung zum Vorhabensbeginn

Der Antragsteller erklärt, dass mit dem Vorhaben noch nicht begonnen wurde und erst nach Entscheidung der SAB über den gestellten Antrag mit dem Vorhaben begonnen wird bzw. der Vorhabensbeginn gemäß zugrundeliegendem KfW-Programm zulässig ist. Als Vorhabensbeginn ist grundsätzlich der Abschluss eines der Ausführung zuzurechnenden Lieferungs- und Leistungsvertrages zu werten. Bei Baumaßnahmen gelten Planung, Baugrunduntersuchungen, Grunderwerb und Herrichten des Grundstücks nicht als Beginn des Vorhabens, es sei denn, sie sind alleiniger Zweck der Zuwendung. Bei einzelnen Förderprogrammen können abweichende Regelungen gelten.

5.3 Erklärung zu den beantragten KfW-Darlehen

Der Antragsteller bestätigt, für das beantragte Vorhaben noch kein anderes Kreditinstitut mit der Antragstellung bei der KfW betraut zu haben. Ihm ist bekannt, dass die Kreditkonditionen zum Zeitpunkt der Erteilung der Kreditzusage der KfW an das durchleitende Kreditinstitut festgelegt werden, soweit für einzelne Programme nicht ausdrücklich etwas anderes gilt.

Der Antragsteller bestätigt weiterhin, dass er das KfW-Programm-Merkblatt (einschließlich der dort benannten Anlagen) erhalten und den Inhalt zur Kenntnis genommen hat. Insbesondere ist ihm bekannt, dass das beantragte Vorhaben entsprechend den darin gemachten Vorgaben auszuführen ist und dass ein Sachverständiger, den der Antragsteller nach dem Merkblatt einzubinden hat, seinen Bestätigungen diese Vorgaben zugrunde zu legen hat.

Der Antragsteller verpflichtet sich, die Bereitstellungsprovision in der programmgemäßen Höhe (vgl. KfW-Programm-Merkblatt), sowie die bei Zusagen der KfW ggf. zu zahlende einmalige Zusagegebühr in der programmgemäßen Höhe (vgl. KfW-Programm-Merkblatt) an die SAB zur Weiterleitung an die KfW zu entrichten. Diese Bereitstellungsprovision sowie bei Zusagen der KfW ggf. die einmalige Zusagegebühr ist auch dann zu zahlen, wenn der Antragsteller den beantragten und von der KfW zugesagten Kredit nicht in Anspruch nimmt, es sei denn, dass er die SAB innerhalb der für die Berechnung der Bereitstellungsprovision maßgeblichen Frist (vgl. KfW-Programm-Merkblatt) mitteilt, dass er den Kredit nicht in Anspruch nimmt. Über die Höhe der Bereitstellungsprovision bzw. der Zusagegebühr hat der Antragsteller sich anhand des KfW-Programm-Merkblattes informiert.

Datenschutzhinweise und Datenweitergabe

Dem Antragsteller ist bekannt, dass seine Daten im Rahmen der Beantragung der Refinanzierungszusage bei der KfW von der KfW und der SAB verarbeitet werden. Der Antragsteller bestätigt die produktspezifischen Datenschutzhinweise der KfW in der zum Zeitpunkt der Antragstellung gültigen Version, welche unter www.sab.sachsen.de verfügbar sind, erhalten zu haben und diese zu kennen.

Der Antragsteller erklärt sich mit der Datenweitergabe gemäß den Bestimmungen der produktspezifischen Datenschutzhinweise der KfW sowie des KfW-Programm-Merkblatts einverstanden. Insbesondere erklärt er sich bereit, notwendige Daten und Informationen zum geförderten Vorhaben für Monitoringzwecke und Evaluation bereitzustellen und auf Verlangen dem Haushaltsausschuss des Deutschen Bundestages und im Einzelfall auch anderen Ausschüssen des Deutschen Bundestages in anonymisierter Weise bekannt zu geben oder von der KfW in anonymisierter Weise weitergeben zu lassen.

Gilt für KfW 296 und 298:

Der Antragsteller bestätigt, dass die „Datenliste Subventionserhebliche Tatsachen“ bekannt ist.

Dem Antragsteller ist bekannt, dass die vorstehenden Angaben der „Datenliste Subventionserhebliche Tatsachen“ für das beantragte Produkt KfW 298 subventionserheblich im Sinne von §264 StGB in Verbindung mit §2 Subventionsgesetz sind. Die „Datenliste Subventionserhebliche Tatsachen“ ist hinterlegt auf der Internetseite www.sachsen.de/www.sab.sachsen.de/kfw-klimafreundlicher-neubau im Niedrigpreissegment-wohngebäude-296

Sowie auf der Internetseite www.sachsen.de/www.sab.sachsen.de/kfw-klimafreundlicher-neubau-wohngebäude-297/298-1

5.4 Erklärung zu den beantragten Förderungen

Der Antragsteller erklärt, dass gegen ihn keine Rückforderungsanordnung aufgrund eines früheren Beschlusses der Kommission zur Feststellung der Unzulässigkeit einer Beihilfe und ihrer Unvereinbarkeit mit dem Binnenmarkt vorliegt, der er nicht fristgemäß Folge geleistet hat.

Der Antragsteller erklärt, dass zwischen Auftragnehmer und -geber ein Haftungsausschluss nicht vereinbart ist.

Bei Beantragung eines Darlehens RL AMW bestätigt der Antragsteller,

- dass die baulichen Maßnahmen zur dauerhaften Verbesserung des Gebrauchswerts des Förderobjekts geeignet und wirtschaftlich vertretbar sind,
- dass die geförderte Maßnahme den Leerstand im Gebäude, im Gebäudebestand, in der Region oder in der Kommune reduziert und das Konzept zur Leerstandreduzierung dem Antrag beigefügt ist,
- dass keine Kumulierung mit der FRL pMW erfolgt,
- sowie zusätzlich für den Fall der Erneuerung von Aufzugsanlagen, dass eine gravierende qualitative Verbesserung der vertikalen Erreichbarkeit erfolgt. Ein reiner Ersatz erfolgt nicht.

Der Antragsteller erklärt, dass für das Mietwohngebäude keine Förderung nach

- der RL seniorengerechtes Umbauen für Maßnahmen für Modernisierung oder Neuerrichtung eines Personenaufzuges (Ziffer II Nr. 2 b, hh)
- der RL zur Förderung der Schaffung von mietpreis- und belegungsgebundenem Mietwohnraum gewährt wurde.

Bei Beantragung einer Förderung nach der **RL pMW** bestätigt der Antragsteller:

- Die baulichen Maßnahmen sind nur förderfähig, wenn sie mit Blick auf die dauerhafte Verbesserung des Gebrauchs- und Wohnwertes geeignet und wirtschaftlich vertretbar sind.
- Die Förderung unterliegt einer 15 jährigen Zweckbindung (Mietpreis- und Belegungsbindung) - auf die RL VI. Ziffer 1 (Bestimmung zu Belegungsrechten) und Ziffer 2 (Bestimmung zur Mietpreisbindung) wird verwiesen.
- Sofern innerhalb der letzten 15 Jahre bereits wesentliche Modernisierungsmaßnahmen (z. B. an Aufzug, Heizung, Dach oder Fassade) durchgeführt worden sind, sind erneute Maßnahmen an diesen Gebäudeteilen bzw. Ausstattungsmerkmalen nicht förderfähig.
- Eine Kumulierung mit der FRL AMW erfolgt nicht.

5.5 Erklärung zur Eigenschaft als Auftraggeber (AG) i.S.v. § 98ff. des Gesetzes gegen Wettbewerbsbeschränkungen (GWB) bei nicht natürlichen Personen

Der Antragsteller erklärt:

- kein öffentlicher AG im Sinne von § 98ff. GWB zu sein.**
- ein öffentlicher AG im Sinne von § 98ff. GWB zu sein.**

Dem Antragsteller ist bekannt, dass öffentliche Auftraggeber zur Anwendung des Vergaberechtes verpflichtet sind. Die Regelungen zur Vergabe sind auch auf zuwendungsfähige Planungs- und Baubetreuungsleistungen, welche den förderfähigen Maßnahmen der jeweiligen Programme zuzuordnen sind, anzuwenden.

5.6 Subventionserhebliche Tatsachen

Den beantragten Fördermitteln liegen Subventionen zu Grunde, auf welche § 264 Strafgesetzbuch (StGB) und § 1 des Subventionsgesetzes des Landes Sachsen vom 14. Januar 1997 i. V. m. §§ 2 bis 6 des Gesetzes gegen missbräuchliche Inanspruchnahme von Subventionen (SubvG) Anwendung finden. Dem Antragsteller ist bekannt, dass folgende in diesem Antrag anzugebende Angaben und Erklärungen subventionserhebliche Tatsachen im Sinne von § 264 StGB sind und ein Subventionsbetrug nach § 264 StGB strafbar ist:

- a) Angaben zum Antragsteller (Nr. 1),
- b) Angaben zum Investitionsort, zu den Eigentumsverhältnissen, zum geplanten Bauvorhaben und dessen Durchführungszeitraum, zum Baukörper, zur Förderung von Aufzugsanlagen, zur Lage des Grundstücks/Gebäudes in einem HQ 100-Gebiet und zur Wirtschaftlichkeitsberechnung (Nr. 2.1, 2.2, 2.3, 2.4 und 2.5),
- c) Angaben zu den geplanten Gesamtkosten des Vorhabens sowie deren Finanzierung (Nr. 3, 4.1 und 4.2),
- d) Erklärungen hinsichtlich Insolvenzverfahren, Zwangsvollstreckungsmaßnahmen oder Mahn- und Klageverfahren, Kreditkündigungen oder Scheckretouren/Wechselproteste (Nr. 5.1),
- e) Erklärung zum Vorhabensbeginn (Nr. 5.2),
- f) bei Beantragung von KfW-Darlehen: Angaben zur Antrag-

stellung bei der KfW durch andere Kreditinstitute für das beantragte Vorhaben (Nr. 5.3),

- g) bei Beantragung von Förderdarlehen: Erklärungen zu Rückforderungsanordnungen der Kommission zur Feststellung der Unzulässigkeit einer Beihilfe, der nicht fristgemäß Folge geleistet wurde sowie zum Haftungsausschluss und bei Beantragung eines Darlehens RL AMW: Bestätigung zur Verbesserung des Gebrauchswertes und zur Wirtschaftlichkeit, zur Leerstandsreduzierung, zur Erneuerung von Aufzugsanlagen sowie Erklärung zur Inanspruchnahme von Vorförderungen (Nr. 5.4),
- h) Erklärung zur Eigenschaft als öffentlicher Auftraggeber (Nr. 5.5),
- i) Angaben in den eingereichten Unterlagen (Anlagen Nr. 6.1 bis 6.4).

Dem Antragsteller ist bekannt, dass ferner Handlungen bzw. Rechtsgeschäfte, die unter Missbrauch von Gestaltungsmöglichkeiten vorgenommen werden sowie Scheingeschäfte und Scheinhandlungen (§ 4 SubvG), subventionserhebliche Tatsachen sind. Dem Antragsteller sind weiterhin die nach § 3 SubvG bestehenden Mitteilungspflichten bekannt, wonach der SAB unverzüglich alle Tatsachen mitzuteilen sind, die der Bezahlung, Gewährung, Weitergewährung, Inanspruchnahme oder dem Belassen der Subvention oder des Subventionsvorteils entgegenstehen oder für die Rückforderung der Subvention oder des Subventionsvorteils erheblich sind.

5.7 Erklärung zur Einholung von bankmäßigen Auskünften

Der Antragsteller ermächtigt die SAB, bankmäßige Auskünfte und Informationen über Kredit- und Förderwürdigkeit einzuholen. Die Informationen dürfen nur für den angegebenen Zweck verwendet werden.

5.8 Umsetzung des Geldwäschegesetzes

Zur Umsetzung des Geldwäschegesetzes benötigt die SAB zur Antragsbearbeitung eine Identitätsfeststellung vom Antragsteller. Dem Antragsteller ist bekannt, dass diese durch die Mitarbeiter der SAB oder zuverlässige Dritte (mittels SAB-Vordruck 60311 bzw. Postident-Verfahren) erstellt werden kann. Detaillierte Angaben sind dem Informationsblatt zur Umsetzung des Geldwäschegesetzes (SAB-Vordruck 65222) zu entnehmen. Nicht-natürliche Personen haben den SAB-Vordruck Nr. 65222-1 auszufüllen.

Der Antragsteller ist darüber unterrichtet, dass die dem Antrag beizufügenden Unterlagen Bestandteil und Voraussetzung für die Bearbeitung des Antrages sind.

5.9 Datenschutz

Dem Antragsteller ist bekannt, dass die Sächsische Aufbaubank - Förderbank - gemäß § 8 a Förderbank-Gesetz zur Erfüllung ihrer Aufgaben befugt ist, personenbezogene Daten von Antragstellern und Kunden der Bank zu verarbeiten.

Der Antragsteller erklärt, dass er das Datenschutz-Informationsblatt DSGVO (SAB-Vordruck 64005) erhalten und den Inhalt zur Kenntnis genommen hat.

Antragsteller

Ort	Datum (TT.MM.JJJJ)

Unterschrift | Stempel

Unterschrift Stempel

nur RL pMW: Sachverständiger Dritter (ausnahmsweise Antragsteller)

Ort	Datum (TT.MM.JJJJ)

Unterschrift | Stempel

6. Notwendige Unterlagen zur Antragstellung

6.1 Allgemeine Unterlagen

- Original-Darlehensantrag** (SAB-Vordruck 69013)
- Kostenaufstellung nach Gewerken (DIN 276) mit Ausweis der förderfähigen Kosten getrennt nach dem jeweiligen Förderprogramm**

nur bei RL AMW:

- Gemeindebestätigung** (SAB-Vordruck 69008)
- Konzept zur Leerstandsreduzierung** (SAB-Vordruck 62900)
- De-minimis-Erklärung** (SAB-Vordruck 60381)

nur bei RL pMW

- Gemeindebestätigung** (SAB-Vordruck 69008)
- Aufstellung der zu fördernden Wohnungen im Gebäude mit Wohnungsnummern** (SAB-Vordruck 62900)
- Anlage 1 zum Antrag** (SAB-Vordruck 62231)

nur bei KfW-Darlehen (AU und BEG)

- Online-Bestätigung gemäß zugrunde liegendem Programm**
- Beratungsformular zum Antrag „Altersgerecht Umbauen - Kredit“ (159)**

6.2 Objektunterlagen

- bei Neubauvorhaben: Werk-/Kaufvertrag im Entwurf/Baubeschreibung**
- Baugenehmigung/Bauvorbescheid/bestätigte Bauanzeige**
- ggf. Denkmalschutzrechtliche Genehmigung**
- baurechtlich genehmigungsfähige Pläne M 1:100**
- detaillierte Wohnflächenberechnung** (gemäß Wohnflächenverordnung)
- amtlicher Lageplan/Auszug Flurkarte**
- aktuelle Grundbuchabschrift**

- Grundstückskauf-/Erbaurechtsvertrag** (ggf. Entwurf/Reservierungsvereinbarung)
- Farbfotos des Gebäudes mit Hauptansichten (mind. 2) und allen wesentlichen Räumen**
- Übersicht Mieteraufstellung** (SAB-Vordruck 60022x)
- Immobilienübersicht** (SAB-Vordruck 60021x)

bei Eigentumswohnungen zusätzlich

- Teilungserklärung/Aufteilungsplan**

6.3 Natürliche Personen - Bonitäts- und Vermögensunterlagen

Natürliche Personen

- Identitätsfeststellung durch Legitimation gegenüber einem SAB-Mitarbeiter oder mittels SAB-Vordruck 60311**
- Selbstauskunft** (SAB-Vordruck 60020x)

Nichtselbständige zusätzlich

- Einkommensnachweise der letzten 12 Monate**
- Einkommenssteuerbescheide der letzten 3 Jahre**

Selbständige zusätzlich

- Aufstellung Beteiligungen** (SAB-Vordruck 60026x)
- letzte 3 Jahresabschlüsse** (Bilanz, Gewinn- und Verlustrechnung; Einnahme-Überschussrechnung mit Bestätigung Steuerberater)
- aktuelle betriebswirtschaftliche Auswertung mit Summen- und Saldenliste**
- Einkommenssteuerbescheide der letzten 3 Jahre**
- letzte Einkommenssteuererklärung**
- Gewerbeanmeldung**
- KMU-Bewertung⁸** (SAB-Vordruck 60314)
- bei verbundenen Unternehmen/Partnerunternehmen zusätzlich SAB-Vordruck 60314-1**

Finanzierungsunterlagen

- Nachweise der Eigenmittel** (Kopien Kontoauszüge/Bankbestätigungen)
- Nachweise sonstiger Fremdmittel**

Diese Unterlagen benötigen wir, um eine ordnungsgemäße Kreditwürdigkeitsprüfung durchführen zu können. Eine Kreditwürdigkeitsprüfung ist für den Abschluss des Darlehensvertrags zwingend und kann nur durchgeführt werden, wenn die hierfür benötigten Informationen und Nachweise richtig sind und vollständig beigebracht werden. Die SAB wird dem Antragsteller ggf. mitteilen, ob und welche weiteren Unterlagen sie innerhalb welchen Zeitraums für die ordnungsgemäße Kreditwürdigkeitsprüfung benötigt.

6.4 Nicht natürliche Personen - Gesellschaftsrechtliche Unterlagen und Bonitätsunterlagen

Gesellschaftsrechtliche Unterlagen
(sofern der SAB noch nicht vorliegend)

- Kopie Registerauszug**
- Gesellschaftsvertrag/Satzung**
- Kontovollmacht** (SAB-Vordruck 64662)
- Unterschriftenblatt** (SAB-Vordruck 64663)
- Ermittlung des/der wirtschaftlich Berechtigten**

bei kommunalen Wohnungsunternehmen und Wohnungsgenossenschaften zusätzlich

- mittelfristiger Wirtschafts-/Liquiditätsplan**
- Auskunft zum Wohnungsbestand** (SAB-Vordruck 60241)

Bonitätsunterlagen

(sofern der SAB noch nicht vorliegend)

- die letzten 3 Jahresabschlüsse** (Bilanz und Gewinn- und Verlustrechnung) (ggf. Prüfungsbericht)
- aktuelle betriebswirtschaftliche Auswertung**
- KMU-Bewertung⁸** (SAB-Vordruck 60314)
- bei verbundenen Unternehmen/Partnerunternehmen zusätzlich SAB-Vordruck 60314-1**

Allgemeine Hinweise:

Bitte legen Sie zur Prüfung Ihres Antrages die jeweils erforderlichen Unterlagen bei. In der Regel sind Kopien und Entwürfe ausreichend.

Bei der Beantragung mehrerer Darlehen sind gleiche Unterlagen nur einmal einzureichen.

Weitere Unterlagen können im Einzelfall erforderlich werden. Die Vordrucke sind unter www.sab.sachsen.de abrufbar.

⁸ Nähere Informationen erhalten Sie im KMU-Informationsblatt (SAB-Vordruck 60300)